

## **Niederschrift**

über die 19. öffentliche Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften**

am Dienstag, dem **26.11.2013**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 18 vom 12.11.2013**
- 4. Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014  
Vorlage: 216/2013**
- 5. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes  
Vorlage: 215/2013**
- 6. Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Sande  
Vorlage: 210/2013**
- 7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Jörg Beutz als Ausschussvorsitzender  
Ratsfrau Christel Bohlen  
Ratsfrau Isabel Bruns  
Ratsherr Stephan Eiklenborg  
Ratsherr Christian Fiedler  
Ratsfrau Angela Hoffbauer  
Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Ratsherr Reinhard Oncken Vertretung für Ratsherr Oliver Kohls

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann  
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann  
Verwaltungsfachangestellte Regina We-  
ger  
Verwaltungsfachangestellte Denise Bor- als Schriftführerin  
chers

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ein-  
ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Jörg Beutz, eröffnete die Sit-  
zung, stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit  
sowie die Tagesordnung fest.

Die Verwaltung stellte den Antrag, die Tagesordnung im nichtöffentli-  
chen Teil um zwei Tagesordnungspunkte zu erweitern.

Diesem Antrag wurde einstimmig stattgegeben.

Ein Ausschussmitglied stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt  
4 nicht in dieser Sitzung zu beraten, sondern eine weitere Sitzung  
einzuuberufen. Die endgültigen Unterlagen einschl. veränderten  
Haushaltsentwurfs wurden erst einen Tag vor der Sitzung zugestellt,  
so dass eine ausreichende Auseinandersetzung und Vorbereitung  
nicht möglich war.

Ein anderes Ausschussmitglied betonte, dass die Zeit zu knapp wä-  
re, um eine weitere Ausschusssitzung mit VA-Sitzung vor der Rats-  
sitzung einzuuberufen.

Seitens der Verwaltung wurde ergänzt, dass Änderungen zum vor zwei Wochen vorgelegten Entwurf bereits einige Tage vorher bekannt gegeben und auch explizit schriftlich erläutert wurden.

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis 1 Ja-Stimme 6 Nein-Stimmen

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 18 vom 12.11.2013**

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass es in der Niederschrift Nr. 18 auf Seite 3, Punkt 4 im vorläufigen Ergebnis nicht 2013 sondern 2012 heißen muss.

Die Fassung der Niederschrift Nr. 18 vom 12.11.2013 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. **Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014**  
**Vorlage: 216/2013**

Die Verwaltung erläuterte noch einmal die schriftlich vorab bekannt gegebenen Änderungen zum zuletzt vorgelegten Entwurf, auf die entsprechende Vorlage wird verwiesen

Für die Bahnüberführung Deichstraße wird ein Ansatz für 2014 ca. 4,24 Mio € und im Jahr 2015 ca. 2,44 Mio. € ausgewiesen, da die Gemeinde entsprechende Baumaßnahmen in dieser Größenordnung durchführt. Auf den auf die Gemeinde entfallenden Drittelanteil erhält sie Zuschüsse nach dem Entflechtungsgesetz in Höhe von 75 %, so dass Ihr Eigenanteil an dieser Maßnahme letztlich bei rd. 800.000 € liegen wird.

Die Verwaltung erläuterte die Änderungen in der Haushaltssatzung. Bei den ordentlichen Aufwendungen wurde der Ansatz Zinsen für Kredite um 10.000,00 € reduziert. Dies spiegelt sich im Finanzhaus-

halt wieder. Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit wurden ebenfalls um 10.000,00 € reduziert.

Zunächst berichtete die Verwaltung von einem Schreibfehler im Entwurf der Haushaltssatzung. Es muss im Finanzhaushalt bei den Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit 2.656.000 € heißen und nicht wie im Entwurf 2.256.000 €.

Im Stellenplan haben sich zwei Veränderungen im Bereich der Beamten ergeben.

Zum Ersten durch eine geplante Gesetzesänderung. Die Bürgermeister in Kommunen unter 10.000 Einwohner sollen ab 01.01.2014 nach der Besoldungsgruppe B1 besoldet werden. Es wurde empfohlen, diese Änderung schon im Stellenplan zu berücksichtigen.

Zum Zweiten hat die Dienstpostenbewertung für die jetzige A11-Stelle im Fachbereich I eine Besoldung nach A12 ergeben. Dies soll im Stellenplan entsprechend berücksichtigt werden, ohne dass sich dadurch ein Rechtsanspruch ergibt oder eine Beförderung mit sich zieht. Daher ist die Stelle zurzeit als „unbesetzt“ angegeben.

Die Verwaltung wurde damit beauftragt, sich bei umliegenden Kommunen über die Personalsituation in diesem Bereich zu informieren und diese zu vergleichen.

Ein Ausschussmitglied fragte, wie die Steigerung von 7 % bei den Personalkosten zustande kommt.

Die Verwaltung begründete die Steigerung mit der Einstellung weiterer Kräfte im Bereich der Krippe in Cäciliengroden, Neustadtgödens und der Hortbetreuung, sowie mit der Tarifierhöhung. Jedoch wird die Verwaltung die Ursachen der Steigerung der Personalkosten genauer ermitteln.

Der Ausschussvorsitzende verlas einige wichtige Punkte aus dem Haushaltsentwurf 2014.

Zu den in unveränderter Höhe festgesetzten Realsteuerhebesätzen gab es von den Mitgliedern keine Anmerkungen.

Die Ausschussmitglieder diskutierten über die geplanten Investitionen im Bereich Dorferneuerung im Jahr 2014, dies sind im Einzelnen die Posener Straße und der zweite Bauabschnitt der Königsberger Straße

Die SPD-Fraktion betonte, dass die Dorferneuerung weitergehen muss, es jedoch fraglich sei, ob die Gemeinde den Zuschuss ge-

währt bekommt.

Sie schlug vor, einen Sperrvermerk zu diesen Maßnahmen einzurichten, damit die Investition nicht begonnen wird, bevor der Gemeinde der Zuschussbescheid nicht vorliegt.

Sollten für diese Maßnahmen keine Zuschüsse gewährt werden, werden diesbezüglich neue Beratungen stattfinden. Dann könnte die Gemeinde eventuell darüber nachdenken, dies in einem Nachtragshaushalt 2014 zu ändern.

**Der Ausschuss hat dem Vorschlag wie folgt zugestimmt:**

**Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen 1 Enthaltung**

Thematisiert wurde auch die Brücke in der Umfangstraße in Mariensiel.

Die SPD-Fraktion sagte, dass der Ansatz für diese Maßnahme im Haushaltsjahr 2014 veranschlagt werden, sich die Gemeinde dabei aber noch nicht festlegen sollte, ob die Maßnahme tatsächlich durchgeführt wird.

Ein Ausschussmitglied äußerte, dass die Brücke unter Umständen entbehrlich sei und dass man überlegen sollte, den Ansatz nicht im Haushalt zu veranschlagen.

Des Weiteren wurde über die Sanierung der gemeindeeigenen Kläranlage gesprochen. Ein Mitglied des Ausschusses fragte, ob die geplanten 1,8 Mio. € in den Jahren 2014 – 2016 ausreichend wären, um die Sanierung durchzuführen.

Die Verwaltung bestätigte, dass dies die Mittel sind, die mindestens veranschlagt werden müssen. Es gäbe auch Varianten, die 2,5 Mio. € kosten würden.

Ein anderes Ausschussmitglied bemängelte, dass diese Maßnahme wieder über Kredite finanziert werden müsste.

Der Bürgermeister betonte noch, dass es rechtlich notwendig ist, diese Mittel zum jetzigen Zeitpunkt in jedem Fall zu veranschlagen.

Der Ausschussvorsitzende verlas die Sanierungsliste der gemeindeeigenen Gebäude und bat um Anmerkungen der Ausschussmitglieder.

Ein Ausschussmitglied fragte, ob die Sanierung des Parkettbodens im Dorfgemeinschaftshaus Cäciliengroden bereits durchgeführt wurde.

Die Verwaltung konnte dies verneinen, da die Sanierung erst geplant ist, wenn der Kindergarten fertig gestellt ist.

Ein Ausschussmitglied fragte, ob die Verwaltung den Haushalt für genehmigungsfähig hält, da die Gemeinde sich finanziell nicht in einer glücklichen Situation befindet. Anhand einer Tischvorlage wurde die Entwicklung der Schulden der Gemeinde bis 2017 dargelegt. Die Tischvorlage wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister sagte, dass die Verwaltung den Landkreis auf diese Situation hingewiesen hat, dass der Haushalt aber weiterhin genehmigungsfähig sein wird.

Für genehmigungsfähig hält auch die SPD-Fraktion den Haushalt. Gründe dafür sind zum Beispiel, dass die Gemeinde in die Zukunft investiert. Besonders bei dem Umbau der Kindergärten. Die Gemeinde führt kein Luxusleben, es werde nur in Maßnahmen investiert, die sich in Zukunft wieder auszahlen werden.

Zudem ist der vorgelegte Entwurf die Konsequenz der Beschlüsse aus den Fachausschüssen, die sich im Haushalt widerspiegeln.

Im Anschluss an die Diskussion wurde über den gesamten Entwurf abgestimmt.

#### **Beschlussvorschlag:**

Dem Haushaltsplanentwurf 2014 mit Anlagen wird unter Berücksichtigung der beratenden Änderungen zugestimmt. Gem. § 112 NKomVG beschließt der Rat den Erlass der vorliegenden Haushaltsatzung 2014 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme

#### **5. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes** **Vorlage: 215/2013**

Die Verwaltung stellte das Haushaltssicherungskonzept dem Ausschuss vor und erläuterte, dass es aufgrund des nicht ausgeglichenen Haushaltes 2014 notwendig ist, das Haushaltssicherungskonzept bis 2017 zu verlängern.

Folgende Änderungen wurden im Ausschuss beraten.

Die Verwaltung erklärte, dass bei der AG „Altes Sande“ die Kosten-

beteiligung der Mitglieder bei dem jährlichen Grillabend entfallen sollte. Dies wird vorgeschlagen, weil die Mitglieder ehrenamtliche Tätigkeiten leisten und dadurch eine Wertsteigerung der Anlage erbringen.

Außerdem war geplant, aus Konsolidierungsgründen den Neubau des Feuerwehrgerätehauses auf 2016/2017 zu verschieben, anstatt es wie ursprünglich geplant bereits 2013 zu errichten. Diese Maßnahme muss auf 2015 vorgezogen werden.

Ein Ausschussmitglied erläuterte, dass die Ablehnung des Haushaltssicherungskonzeptes nur konsequent wäre und dass dieses Sicherungskonzept nicht zustimmungsfähig ist, weil die Gemeinde nur die kleinen Beträge berücksichtigt und nicht die großen Maßnahmen mit in das Haushaltssicherungskonzept einfließen lässt.

Ein anderes Mitglied betonte, dass aber gerade die großen Maßnahmen, die Dinge sind, die Bürger in der Gemeinde halten würden und die Gemeinde attraktiver macht.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG die als Anlage beigefügte Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Jahr 2014.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme

#### **6. Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Sande Vorlage: 210/2013**

Die Verwaltung erläuterte die Änderungen in der Hundesteuersatzung.

Die Steuersätze bleiben unverändert.

Für die Hundesteuersatzung der Gemeinde Sande wurden Änderungen vorgeschlagen, da die Formulierung bezüglich des Haltens von Ersthunden und weiteren Hunden in einem Haushalt bis jetzt nicht eindeutig geregelt war.

Als weitere Änderung wurde vorgeschlagen, den § 5 zu ergänzen, da auch hier nicht eindeutig formuliert war, ob die Ermäßigung für Jagd-

gebrauchshunde gelten soll.

Ein Ausschussmitglied fragte, ob diese Formulierungsänderung aus § 2 auch bei Wohngemeinschaften Anwendung findet. Dies wurde seitens der Verwaltung bejaht und erklärt, dass auch dies als ein Haushalt anzusehen ist.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt die mit Schreiben vom 18.11.2013 vorgelegte 9. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung vom 26.09.1974

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

### **7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Ein Ausschussmitglied sprach den Steuersatz in der Vergnügungsteuersatzung in § 3 Nr. 5 für Geräte, die Gewalt verherrlichen, an. Dieser beträgt in der Gemeinde Sande 105 € je Gerät. Da diese Geräte in den umliegenden Gemeinden höher versteuert werden, soll geprüft werden, ob der Steuersatz in Sande erhöht werden sollte.

Dazu wurde von der Verwaltung angemerkt, dass solche Geräte im Gemeindegebiet zurzeit nicht aufgestellt sind.

Weiter regte das Ausschussmitglied an zu prüfen, ob die Vergnügungsteuersatzung der Gemeinde Sande dahingehend geändert werden sollte, dass die Steuer nicht mehr nach dem Stückzahlmaßstab, sondern nach dem Einspielergebnis bemessen werden soll.

Eventuell könnten dadurch die Einnahmen bei der Vergnügungssteuer verbessert werden.

Dies wird von der Verwaltung geprüft.



Schluss der Sitzung: 18:35 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin